

Satzung über die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 41 der Hansestadt Stralsund "Kleiner Wiesenweg - Nördlicher Teil"

(Vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB)

Aufgrund des § 13 in Verbindung mit § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141; berichtigt 1999 BGBl. I S. 137) geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950) sowie nach § 95 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1998 (GVBl. M-V S. 488, 612), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 9. August 2002 (GVBl. M-V S. 531) wird nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft von ...
"Kleiner Wiesenweg - Nördlicher Teil" bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) sowie die Satzung über örtliche Bauvorschriften erlassen.

(Teil A)
Planzeichnung

(Teil B)
Textliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung (§9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §1 BauNVO)

WA 1
Allgemeines Wohngebiet (§4 BauNVO)

WA 2
Allgemeines Wohngebiet (§4 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung (§9 Abs.1 Nr.1 BauGB)

Z.B. 0,4
Z.B. II

(Teil A)
Planzeichnung

(Teil B)
Textliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung (§9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §1 BauNVO)

WA 1
Allgemeines Wohngebiet (§4 BauNVO)

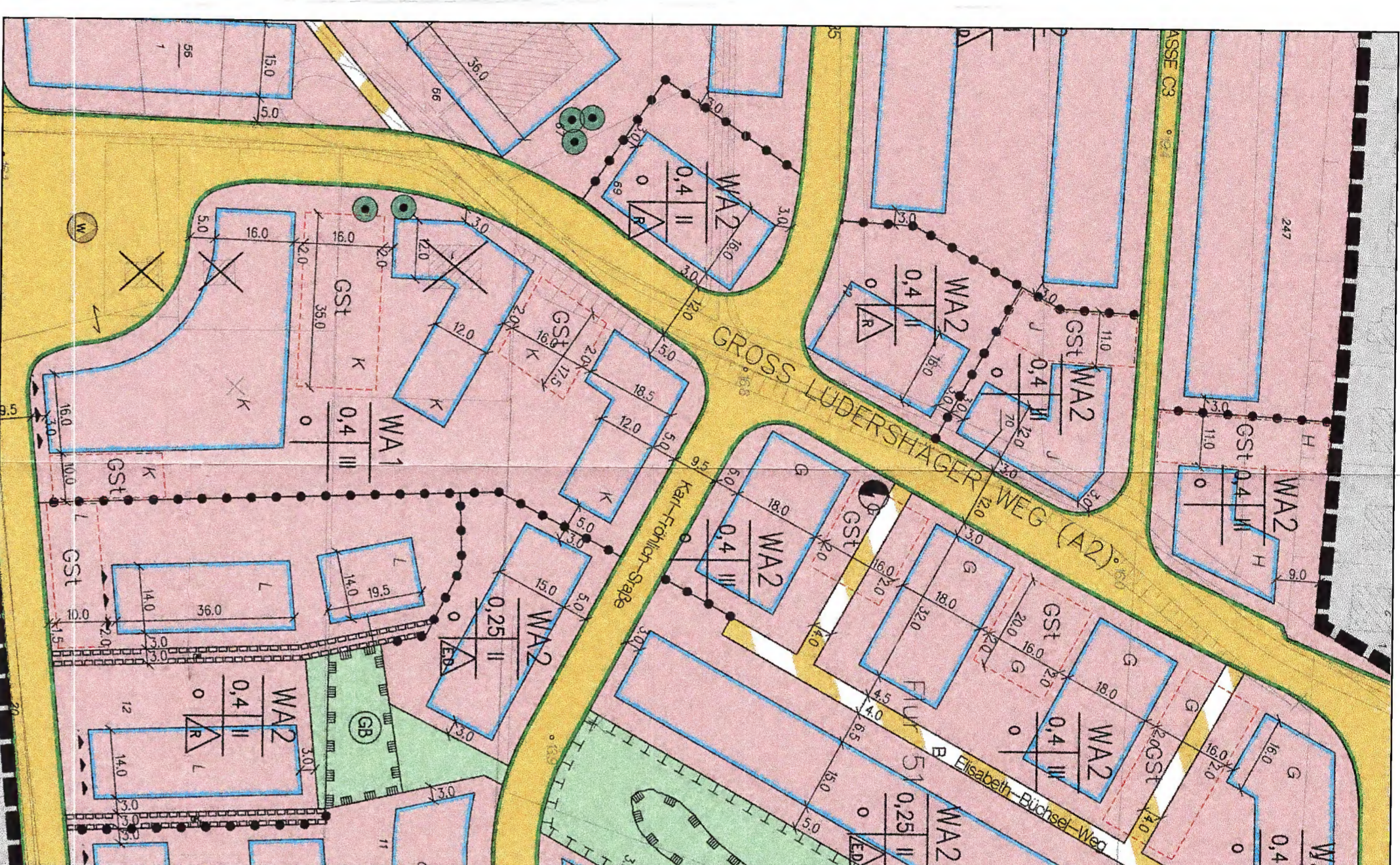
WA 2
Allgemeines Wohngebiet (§4 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung (§9 Abs.1 Nr.1 BauGB)

Z.B. 0,4
Z.B. II

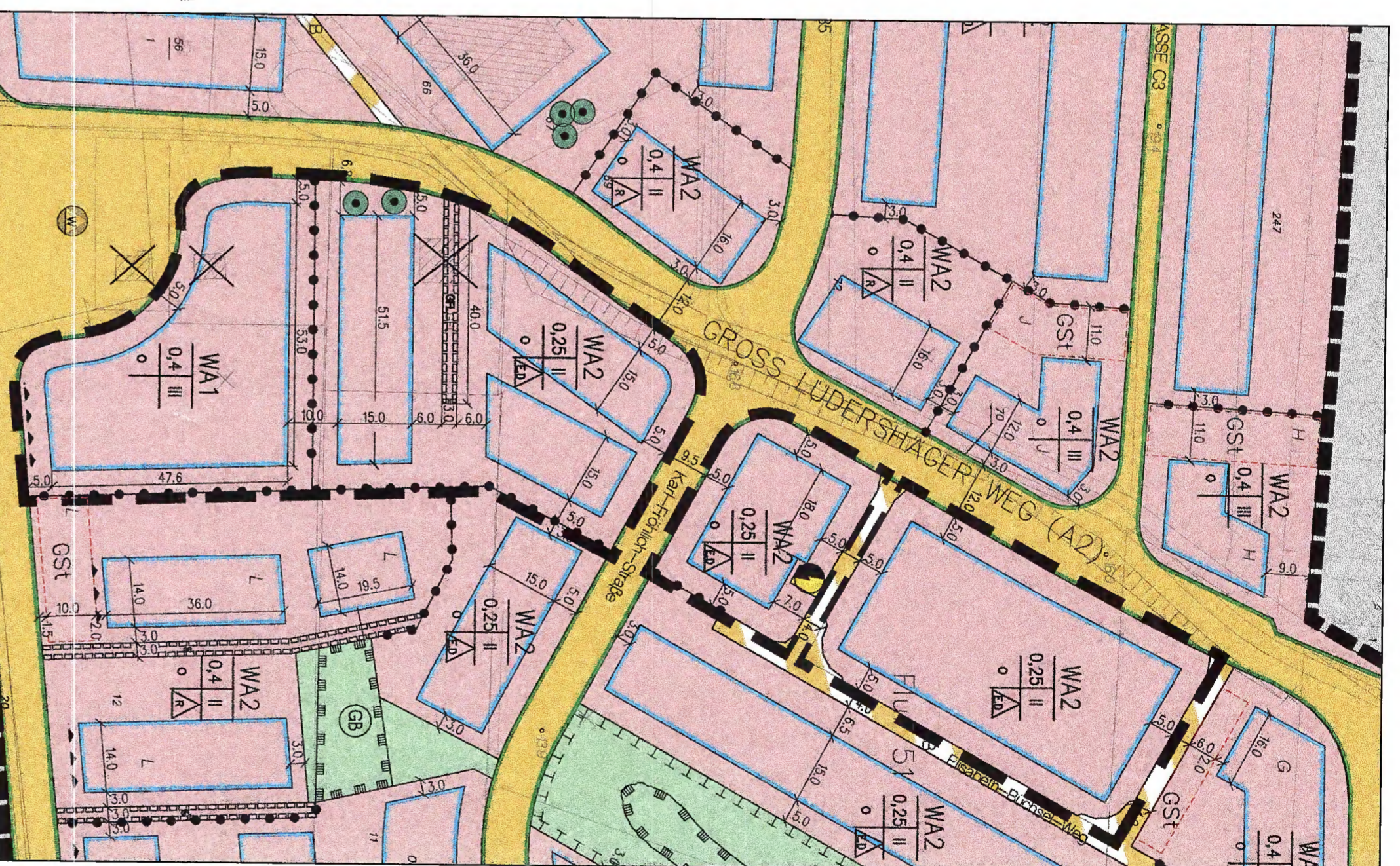
ALT

Ausschnitt aus dem rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 41 (1. Änderung)
"Kleiner Wiesenweg - Nördlicher Teil"
Stand:
Rechtsverbindlich ab 7. Juni 2000



NEU

2. Änderung Bebauungsplan Nr. 41
"Kleiner Wiesenweg - Nördlicher Teil"
Stand: April 2004



Verfahrensvermerke

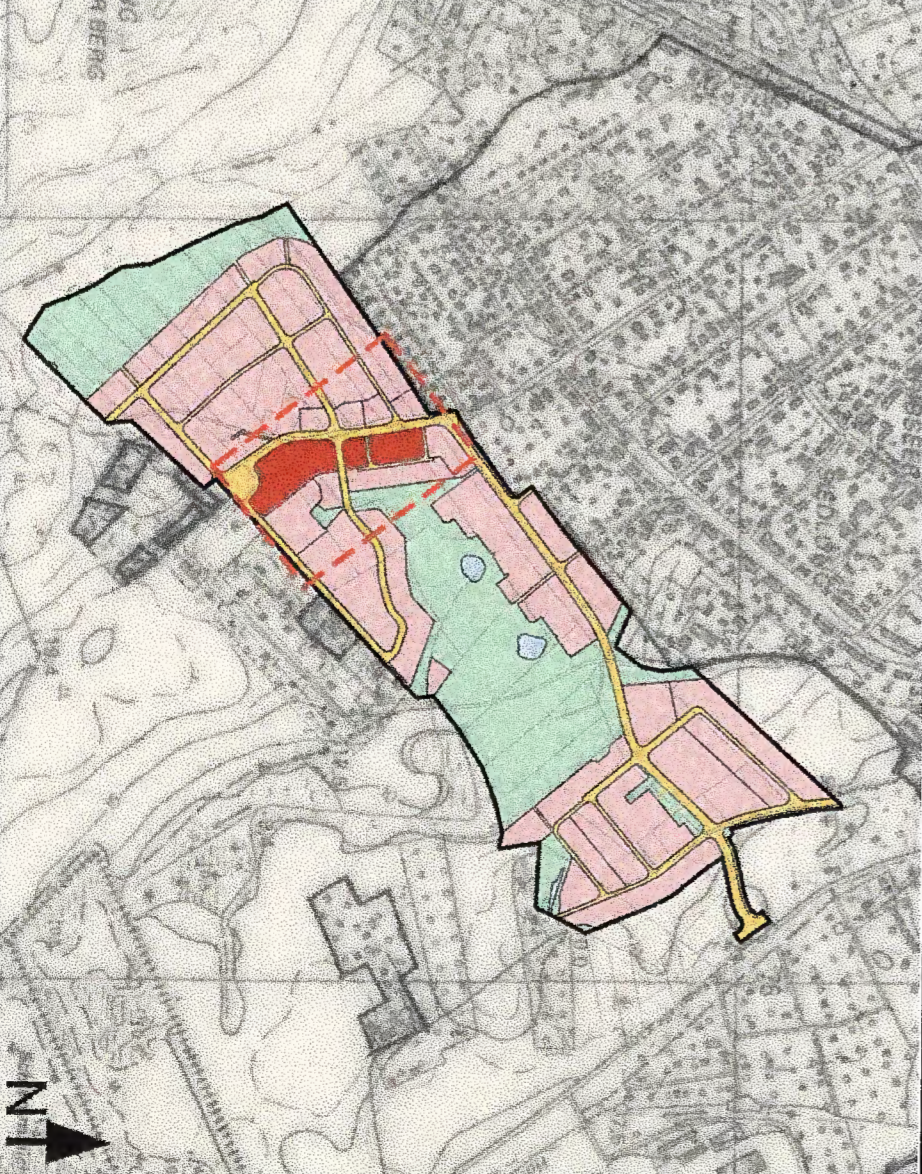
- Entgeltet aufgrund des Einleitungsbeschlusses der Bürgerschaft vom 09. 10. 2003. Die ortsübliche Bekanntmachung ist im Amtsblatt Nr. 9 vom 1. 11. 2003 erfolgt.
Hansestadt Stralsund, den 1. Feb. 2005
Der Oberbürgermeister
- Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 11. 11. 2003 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
Hansestadt Stralsund, den 1. Feb. 2005
Der Oberbürgermeister
- Die von der Planung betroffenen Bürger sind mit Schreiben vom 11. 11. 2003 beteiligt worden.
Hansestadt Stralsund, den 11. Feb. 2005
Der Oberbürgermeister
- Die Bürgerschaft hat die vorgeschlagenen Änderungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange geprüft. Das Ergebnis ist im Schreiben vom 11. 1. 2005 festgehalten worden.
Hansestadt Stralsund, den 11. Feb. 2005
Der Oberbürgermeister
- Der Bebauungsplan Nr. 41 - 2. Änderung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem textlichen Festsetzungen (Teil B) und den örtlichen Bauvorschriften, wurde am 30. 3. 04 von der Bürgerschaft als Satzung beschlossen. Die Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes wurde mit Beschluss der Bürgerschaft vom 30. 3. 04 gebilligt.
Hansestadt Stralsund, den 11. Feb. 2005
Der Oberbürgermeister
- Der Bebauungsplan Nr. 41 - 2. Änderung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem textlichen Festsetzungen (Teil B) sowie die Satzung über die örtlichen Bauvorschriften, wird hiermit ausgestellt.
Hansestadt Stralsund, den 11. Feb. 2005
Der Oberbürgermeister
- Die ortsübliche Bekanntmachung der Satzung sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienstzeiten von jedermann eingesehen werden kann und bei der über den Inhalt Auskunft zu erteilen ist, erfolgte am 26. April 2005.
Hansestadt Stralsund, den 26. April 2005
Der Oberbürgermeister

HANSESTADT STRALSUND

Der Oberbürgermeister

Alt: Planung und Denkmalpflege

Übersichtsplan mit Ausschnittsangabe Maßstab: ca. 1 : 10.000



2. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 41 "KLEINER WIESENWEG - NÖRDLICHER TEIL"

(Vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB)

Datum: April 2004

PLANZEICHENERKLÄRUNG / TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

3. Bauweise, die Überbauten und die nicht Überbauten Grundstücksflächen sowie die Stellung der baulichen Anlagen (§9 Abs.1 Nr.2 BauGB und §§22 und 23 BauNVO)
- o Nur Freize- und Doppelnutzer zulässig (§9 Abs.5 BauNVO)
 - o Baugruppen (§9 Abs.3 BauNVO)
4. Verkehrsflächen (§9 Abs.1 Nr.1 BauGB)
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
 - Fahrrad- und Fußweg B
5. Flächen für Vorgesangenebenen, für die Abhängen und Aufwärtshänge sowie für Abhängen (§9 Abs.1 Nr.12, 14 und Abs.6 BauGB)
6. Die mit Geh-, Fahr- und Fußwegen zu belastenden Flächen (§9 Abs.1 Nr.21 BauGB)
7. Planung, Nutzungsregeln, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz (§9 Abs.1 Nr.20 und 25a und b BauGB)
8. Umgestaltung der Flächen für besondere Anlagen und Verkehrsflächen (§9 Abs.1 Nr.22 und Abs.6 BauGB)
9. Grenzen (§9 Abs.7 BauGB, §16 Abs.5 BauNVO)
10. Sonstige Umgestaltungen
11. Sonstige Festsetzungen
12. Fundamenten
13. Fundamenten

M 1 : 1.000

M 1 : 1.000

M 1 : 1.000

M 1 : 1.000